

18.15

Abgeordneter Christoph Hagen (STRONACH): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit, das sind die Aufgaben der Polizei – so habe ich es jedenfalls vor über 26 Jahren in der Gendarmerieschule gelernt. Das sind die Grundaufgaben der Polizei. Auch ist es Aufgabe der Polizei, für den Schutz der Bevölkerung und die Abwendung von Gefahren für diese zu sorgen.

Wir als Gesetzgeber, das sind wir im Parlament, haben dafür Sorge zu tragen, dass die Polizei die nötigen Mittel und die nötige Ausrüstung für die Erfüllung dieser Aufgaben erhält. Diese Gesetzesänderung, wie sie hier vorliegt, gibt diese Mittel und schafft weitere Möglichkeiten, die die Polizeibeamten für die Erfüllung der Aufgaben haben. Ich glaube, es ist ein gutes Gesetz. Es ist der richtige Schritt, der hier von uns als Gesetzgeber gesetzt wird.

Wie wichtig eine gute Ausrüstung für Polizeibeamte wäre und auch ist, das haben wir am Wochenende leider in sehr tragischer Weise miterleben müssen. Auch ich möchte an dieser Stelle der Familie des getöteten Polizisten und Kollegen Daniel S. mein herzliches Beileid aussprechen.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt diesen Fall nicht zum Anlass nehmen, um hier eine alte Forderung, die ich schon seit Jahren immer wieder vorgebracht habe, zu erneuern, aber ich muss das tun – leider anlassbezogen –, weil vielleicht gewisse Personen nicht wirklich offene Ohren haben, wenn nicht gerade wieder so ein Beispiel zeigt, wie notwendig schusssichere Unterziehschutzwesten für die Polizei sind.

Ich habe das immer wieder angesprochen. Gerade als Mitarbeiter der Polizei in der Landesfunkleitzentrale, aber auch vom Außendienst her weiß ich, wie solche Alarme ablaufen. Ich weiß auch, wie viele Fehlalarme es gibt und wie schwierig es ist. In diesem Fall war es wirklich eine Situation, in der man als Polizeibeamter eigentlich keine Chance hat, außer man hat einen besseren körperlichen Schutz. Daniel S. hätte eine Unterziehschutzweste nicht mehr geholfen, aber beim schwer verletzten jungen Kollegen, der einen Bauchschuss abbekommen hat, wäre so eine Unterziehschutzweste dazu geeignet gewesen, die Verletzungen wesentlich geringer ausfallen zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich bringe daher, wie gesagt, eine alte Forderung von mir als Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hagen, Kolleginnen und Kollegen betreffend Unterziehschutzwesten für die Exekutive

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, sicherzustellen, dass alle Exekutivbeamte und -beamtinnen, die im Außendienst tätig sind, mit stichfesten und bedingt schussfesten Unterziehschutzwesten ausgestattet werden.“

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz erklären, weshalb das notwendig und so wichtig ist: In Deutschland haben die Polizeibeamten im Außendienst diese Unterziehschutzwesten; und, wir haben es von Vorrednern schon gehört, die Angriffe gegen Exekutivbeamte sowohl mit Stichwaffen als auch mit Schusswaffen werden immer mehr. Die Aggressoren werden immer skrupelloser, und es gibt immer mehr verletzte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nach tätlichen Angriffen. Ich habe dazu auch schon einige Anfragen gestellt; die Zahlen sind erschreckend.

Wenn ich mir das so anschau: Heute ist es so, dass ein österreichischer Polizeibeamter, der eine solche Unterziehschutzweste haben möchte, diese privat kaufen muss. Ein Stück kostet zwischen 700 und 1 000 €. Bei einem Grundgehalt von 1 300 €, 1 400 € – netto, ohne Zulagen – ist das für einen jungen Exekutivbeamten eine schöne Summe. Ich glaube, dass wir als Gesetzgeber und das Innenministerium als zuständiges Ressort aufgefordert sind, für den Schutz der Exekutivbeamten, der Polizeibeamten, die für unsere Sicherheit sorgen, die in unserem Auftrag unterwegs sind, zu sorgen und zu gewährleisten, dass diese Beamten bestens geschützt sind.

Meine Damen und Herren, ich kann Sie nur auffordern, diesem Antrag zuzustimmen. Es würde mich freuen, wenn das einstimmig ginge. Wir tun dabei etwas Gutes; das ist eine gute Sache. Ich kann Sie für die Kolleginnen und Kollegen im Außendienst nur darum bitten; sie haben das verdient.

Es nützt nichts, wenn wir – zu Recht, lieber Otto – nur immer wieder lobende und gute Worte an die Polizisten und Polizistinnen richten und uns für deren Arbeit bedanken, denn es ist unsere Aufgabe, für deren bestmöglichen Schutz zu sorgen. Bitte stimmen Sie diesem Antrag zu! – Danke. *(Beifall beim Team Stronach sowie des Abg.*

Doppler.)

18.21

Präsident Karlheinz Kopf: Der von Herrn Abgeordnetem Hagen eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hagen, Kolleginnen und Kollegen

betreffend „Unterziehschutzwesten für die Exekutive“

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 9: Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über die Regierungsvorlage (1151 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Sicherheitspolizeigesetz, das EU – Polizeikooperationsgesetz und das Waffengebrauchsgesetz 1969 geändert werden (Präventions-Novelle 2016) (1229 d.B.)

Im Dienst selbst sind Polizistinnen und Polizisten permanent mit Unsicherheit konfrontiert. Sie können nicht wissen, wie ihr Gegenüber reagiert, müssen mit Menschen interagieren, die ihnen oftmals mit Aggression, Frust oder auch Gewalt begegnen.

Einschneidenden Erlebnisse (z.B. die eigene Verletzung im Dienst oder die einer Kollegin oder eines Kollegen, Bedrohungen durch das Gegenüber oder der Gebrauch von Schusswaffen während eines Einsatzes) lösen, neben den physischen Verletzungen, auch oftmals ein Trauma bei den betroffenen Polizistinnen und Polizisten aus.

In den Jahren 2014 und 2015 gab es in Österreich insgesamt 2.021 Polizisten und Polizistinnen, die im Dienst durch Fremdeinwirkung verletzt wurden, davon lagen in 242 Fällen schwere Verletzungen vor.

In Österreich agierende Tätergruppen als auch Einzeltäter verhalten sich nicht nur gegenüber den Opfern immer brutaler, sondern auch gegenüber der Exekutive. Es kommt vermehrt zu Übergriffen auf Exekutivbeamte mit verstärkter Brutalität.

Aus diesem Grund ist es notwendig, die Exekutivbeamten und -beamtinnen, die im Außen-dienst tätig sind, mit adäquater Schutzausrüstung auszustatten, wozu auch Unterzieh-schutzwesten gehören. Deren großer Vorteil ist, dass sie unter der Kleidung getragen werden können und dadurch unauffällig sind und der Angreifer daher nicht auf den ersten Blick erkennen kann, dass eine Schutzweste getragen wird und somit nicht automatisch die nicht geschützten Bereiche attackiert. Die Westen bieten – je nach Modell – guten Schutz gegen Schnitte und Stiche (Messerattacken).

Momentan sind jedoch nicht alle Polizistinnen und Polizisten, die im Außendienst tätig sind, mit Unterziehschutzwesten ausgestattet. Polizistinnen und Polizisten kaufen diese Westen – Kosten um die 700 Euro - oftmals privat. Wir fordern, dass jeder Beamte im Außendienst stichfeste und bedingt schussfeste Unterziehschutzwesten haben muss, denn es reicht nicht, wenn nur Spezialeinheiten mit den Schutzwesten ausgestattet sind. Es gäbe in dem Fall die Möglichkeit, dass die Unterziehschutzwesten ein Teil der Uniform werden oder den Beamten bei Dienstantritt aus einem Pool ausgefolgt werden.

Polizisten und Polizistinnen, die tagtäglich für die Sicherheit der Bevölkerung im Einsatz sind und dabei ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, müssen durch den Staat bestmöglich geschützt werden!

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, sicherzustellen, dass alle Exekutivbeamte und -beamtinnen, die im Außendienst tätig sind, mit stichfesten und bedingt schussfesten Unterziehschutzwesten ausgestattet werden.“

Präsident Karlheinz Kopf: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Gahr. – Bitte.